

EBERBACHER ZEITUNG



STADT- UND LANDBOTE

Jahrgang 132 / Nr. 281

Mittwoch, 4. Dezember 2024 · 2,40 Euro

Heute im Lokalen



Neue Partnerschaft

Über eine Partnerschaft, die in die Tiefe gehen soll, freuen sich die Real-schule Eberbach und die Gelita AG. Dafür wurde bei einer Feierstunde eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Wie konkrete Projekte in der Zusammenarbeit aussehen könnten, ist noch offen. Doch die Schülerinnen und Schüler sollen ihrer Fantasie freien Lauf lassen.

„Nicht verantwortlich“

Die EWG und die Stadt Eberbach lehnen die Verantwortung für die Stadtschulden ab. In einer gemeinsamen Presseerklärung weisen sie darauf hin, dass die Einlösung der Gutscheine allein in der Verantwortung des insolventen Unternehmens KeepLocal GmbH liege. Somit werden die Einkaufsgutscheine vermutlich verfallen.

Scheck überreicht

Etwas überrascht, aber nicht minder erfreut, übergeben die Frauen des Flohmarktteams den Diakonischen Werken einen Scheck. Das Geld stammt aus dem Erlös des Flohmarkts am Apfelftag und soll hilfsbedürftigen Menschen aus der Region zu Gute kommen.

Konzert zum Mitsingen

Beim weihnachtlichen Chorkonzert wird das Publikum in der Kirche Schönbrunn zum Mitsingen animiert. Das ließ sich niemand zweimal sagen: Die Kirche war erfüllt von den Stimmen der 60 Sängerinnen und Sängern und vielen Stimmen mehr.

Vorbereitung der Wahl

Bis zur Bundestagswahl ist es zwar noch ein bisschen hin, dennoch laufen die Vorbereitungen in den Kommunen bereits. Vor allem in Eberbach werden noch Helferinnen und Helfer gesucht.

Das Wetter

im Südwesten



So erreichen Sie uns:

Anzeigenannahme und

Vertriebservice:

Tel.: 0 62 71 / 92 55-74 00

Fax: 0 62 71 / 92 55-974 00

anzeigen@eberbacher-zeitung.de

leserservice@eberbacher-zeitung.de

Redaktion:

Tel.: 0 62 71 / 92 55-67 00

Fax: 0 62 71 / 92 55-967 00

redaktion@eberbacher-zeitung.de

Neuer Markt 8

69412 Eberbach



4 195292 702407



Kriegsrecht in Südkorea

Menschen versuchen, in die Nationalversammlung in Seoul zu gelangen, Polizisten halten sie zurück. Der Präsident Südkoreas, Yoon Suk Yeol, hat

überraschend das Kriegsrecht ausgerufen. Er beschuldigte die Opposition des Landes, mit Nordkorea zu sympathisieren und kündigte an, „anti-

staatliche Elemente zu eliminieren“. Das Parlament wurde abgeriegelt. Foto: Lee Jin-man/dpa Politik

Kommentar
Guido Böhm
zur Haushaltslage
in Frankreich



Es droht eine Katastrophe

Die aktuelle Gretchenfrage in der deutschen Politik lautet: Nun sag, wie hast du's mit der Schuldenbremse? Kaum jemand aus dem politischen Betrieb glaubt noch ernsthaft daran, dass die im Grundgesetz vorgeschriebene Auflage, nicht zu viele Kredite aufzunehmen, die nächste Legislaturperiode übersteht.

Zu groß scheinen die Aufgaben - Verteidigung, Infrastruktur, Digitalisierung, Energiewende. Bezeichnend ist, dass die größten Befürworter einer Reform der Schuldenbremse auch immer wieder darauf verweisen, wie viel besser die Konjunktur in anderen Ländern läuft, wo man Zins und Zinsseszins auf längst vergessene Kredite weitaus weniger fürchtet, in Frankreich zum Beispiel.

Dass Premierminister Michel Barnier nur deshalb harte Kürzungen im Sozialbereich vorlegt, oder vorlegen muss, weil die französische Staatsverschuldung nach den europäischen Regeln viel zu hoch ist, unterschlagen die Mächtigen-Schuldenmacher.

Gelänge es ausgerechnet Frankreich nicht, die gerade erst reformierten Regeln des Stabilitäts-Pakts einzuhalten, wäre das eine Katastrophe. Dafür riskiert Barnier sein Amt.

Regierung droht Sturz

Frankreich Linksbündnis und Rechtsextreme stellen Anträge.

Paris. Nach Misstrauensanträgen gegen die Regierung haben in Paris Spekulationen über eine Nachfolge von Premier Michel Barnier eingesetzt, sollte einer der Anträge am Mittwoch im Parlament Erfolg haben. Im Streit um den Haushalt hatten sowohl das Linksbündnis als auch das rechte Rassemblement National am Montagmorgen Misstrauensanträge gegen den konservativen Premier Barnier eingereicht. Wirtschaftsminister Antoine Armand warnte vor den wirtschaftlichen Risiken eines Regierungsturztes. dpa Kommentar

Bürger im Land stehen hinter hohen Ausgaben für Kultur

BaWü-Check Dass der Staat Geld für Theater und Co. ausgibt, wird nur wenig hinterfragt. Im Zweifel halten die Menschen andere Dinge aber für wichtiger. Von Jürgen Kanold

Sehr viel Geld wird das Land in den nächsten Jahren für die Sanierung nicht zuletzt der Staatoper Stuttgart und der Badischen Staatstheater ausgeben. Fast die Hälfte der Bürger, 45 Prozent, findet das richtig, da diese Einrichtungen „Aushängeschilder für Kunst und Kultur in Baden-Württemberg“ seien. 34 Prozent sind dagegen: In Zeiten knapper Kassen sollte bei Kunst und Kultur eher gespart werden. 21 Prozent sind



unentschieden. Das ist das Ergebnis des aktuellen „BaWü-Checks“, der repräsentativen Umfrage im Auftrag der baden-württembergischen Zeitungsverlage. Sehr uneinheitlich fällt das Meinungsbild dazu aus, ob das Land mehr Geld ausgeben sollte für Kunst und Kultur: Jeder Vierte wünscht sich das, 20 Prozent fin-

den, dass hier gespart werden sollte, 30 meinen, dass der Staat ausreichend Geld gibt. Jeder Vierte enthält sich. Die Befragten setzen aber klare Prioritäten bezüglich ihrer Erwartungen an den Staat: Den größten Investitionsbedarf sehen sie bei Gesundheitseinrichtungen wie Krankenhäusern (93 Prozent), eher mehr Geld sollte auch für die Ausstattung von Schulen (91 Prozent) oder der Polizei (79 Prozent) ausgegeben werden. Eher sparen sollte Baden-Württemberg im Zweifelsfall bei Kultureinrichtungen (63 Prozent) oder großen Bauprojekten (75 Prozent). Eine Mehrheit (58 Prozent) ist aber der Meinung, dass der Staat Ein-

trittskarten von Kultureinrichtungen bezuschussen sollte, 39 Prozent empfinden die Ticketpreise als zu hoch.

Die Kultur hat einen festen Platz im Leben vieler Menschen. Das Interesse an Kunst und Kultur hängt aber stark von der Schulbildung ab: 78 Prozent der Menschen mit einer höheren Schulbildung gaben an, sich „sehr“ oder „etwas“ dafür zu interessieren. Bei Menschen mit einfacher Schulbildung waren es nur 51 Prozent; 10 Prozent interessieren sich „sehr“ dafür. Feuilleton

Eltern fordern schnelles G9 für alle

Bildung Eine Initiative im Südwesten will mit einem Volksantrag den Druck erhöhen.

Stuttgart. Mit einem neuen Volksantrag will eine Elterninitiative in Baden-Württemberg erreichen, dass alle Kinder an Gymnasien in neun Jahren das Abitur machen können, wenn sie das wollen. Einen entsprechenden Gesetzentwurf reichte die Initiative beim Landtag ein. Ziel ist, dass auch ältere Schülerinnen und Schüler am Gymnasium so bald wie möglich zwi-

schen G8 und einem um ein Jahr gestreckten Bildungsgang wählen können. „Die Eltern im Land fordern nach wie vor vehement eine Lösung für die laufenden G8-Klassen“, sagte Marita Raschke, eine Initiatorin. Die grün-schwarze Koalition hatte sich darauf geeinigt, dass die Gymnasien im Land zum Schuljahr 2025/2026 wieder zu G9 zurückkehren sollen. Die

Einführung ist aber schrittweise geplant, zum Start sollen nur die Klassen fünf und sechs umstellen. Ältere Schüler würden also nicht profitieren.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) erteilte den Forderungen der Eltern eine klare Absage. Man habe dieses Ansinnen bereits geprüft und besprochen. „Es ist nicht sinnvoll. Das ist nun wirklich sorg-

fältig geprüft worden, und wir sind zu diesem Ergebnis gekommen.“ Die Eltern hatten für ihre Forderung bereits ein Volksbegehren eingereicht. Dem hatte das Innenministerium eine Absage erteilt, eine Klage der Eltern dagegen ist noch beim Verfassungsgerichtshof anhängig. Weil sich die Klage hinziehe, habe man beschlossen, einen neuen Anlauf zu nehmen. dpa

Der Weihnachtspullover des Kollegen

Der heimliche Star jeder Weihnachtsfeier ist nicht der Kartoffelsalat, der sich auf dem Teller an die Bockwurst schmiegt. Viel eher ist es der Weihnachtspullover. Einst ein Symbol des schlechten Geschmacks, erlebt er seit einigen Jahren eine Renaissance.

Da leuchten Rentiere mit LED-Nasen, Schneemänner in Neonfarben und Weihnachtsbäume im Comicstil auf feinstem Polyester. Sie sind heutzutage erhältlich bei allen großen Bekleidungsketten, und sie verleihen dem Fest einen ironi-

schen Unterton: Je schräger, desto besser.

Doch gerade in dieser Grauzone des Styles entfaltet der Weihnachtspullover seine wahre Magie. Er bricht das Eis, sorgt für Gesprächsstoff und kassiert so manch andere Geschmacksverirrung. Und mit etwas Glück sieht man sogar die liebsten Kollegen solche Schätze tragen. Da kann die Weihnachtstfeier im Industriefloh noch so trist und der Glühwein noch so geschmacklos sein: Der

Anblick der Liebsten aus der Arbeitswelt in einem dieser Pullover lässt den Stress des Jahres wie weggeblasen erscheinen.

Und am Ende des Abends, wenn die Lichter ausgehen, die Kollegen selig glotzen, die letzten Töne von Mariah Careys „All I want for Christmas is you“ verklungen sind, bleibt ein Gefühl der Gewissheit zurück: Weihnachtstreffen sind wie Weihnachtspullover. Sie sind nervig und kitschig, aber irgendwie liebenswert. Karl Baptist



Börse

Dax erstmals über 20.000

Frankfurt/Main. Der Deutsche Aktienindex hat erstmals den Wert von 20.000 Punkten überstiegen. Am Dienstagvormittag legte der Dax an der Frankfurter Börse, der die größten 40 börsennotierten Firmen vereint, um 0,43 Prozent zu und landete damit bei 20.019 Punkten. Schon am Montag hatte der Leitindex seinen Rekord von 19.674 Punkten erreicht und trotzte damit der ungünstigen konjunkturellen Lage in Deutschland. afp Wirtschaft

Nothilfe

Uno fordert Milliarden

Genf. 305 Millionen Menschen in Not werden 2025 laut den Vereinten Nationen auf humanitäre Hilfe angewiesen sein. Kriege, Extremwetter in Folge des Klimawandels und eine ungerechte Chancenverteilung hätten viele Menschen ins Unglück gestürzt, warnte die Uno am Mittwoch. In einem Appell rufen die Uno und ihre Partner die Geber auf, 47 Milliarden Dollar für lebensrettende Hilfe in 32 Ländern und 9 Flüchtlingsregionen zu zahlen. epd

FOTO: JAMES MANNING/PA WIRE/DPA